

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Kohl zu Asylantenproblem

Die Bundesregierung hat auf die wachsende Unruhe in der Bevölkerung über den anhaltenden Zustrom von Asylsuchenden mit einschneidenden Gegenmassnahmen reagiert, aber die unterschiedlichen Auffassungen in den Koalitionsparteien über eine Änderung des Grundgesetzes nicht beseitigt. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte am Mittwoch in Bonn vor Journalisten, er sei nicht bereit, das Asylantenproblem, das zu einer «erheblichen Belastung» geworden sei, tatenlos hinzunehmen. Mit den Regierungsbeschlüssen vom Vorabend solle das Asylrecht vor Missbrauch bewahrt werden. Es sei aber «einfach unmöglich», dass die Bundesrepublik Zufluchtsort für alle werde.

### Besorgte US-Bürger

Drei von vier US-Bürgern sind der Meinung, dass die Sowjetunion ihr Territorium vergrössern will, noch mehr Amerikaner befürworten das SDI-Programm einer Raketenabwehr im Weltraum, aber lediglich 27 Prozent von ihnen sind bereit, dafür weitere steigende Verteidigungsausgaben in Kauf zu nehmen. Dies hat eine Ende Juli durchgeführte repräsentative Umfrage unter rund 1000 US-Bürgern ergeben, die das Komitee über die aktuelle Bedrohung am Mittwoch in Washington vorstellte.

### Schweiz: 67 Drogentote

In der Schweiz sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres bereits 67 Drogentote polizeilich erfasst worden. Auffallend dabei ist im Vergleich zur Vorjahresperiode ein starker Rückgang der Drogenopfer im Kanton Zürich, während die Zahl der Toten in den Kantonen Waadt und Aargau markant zugenommen hat. In 13 Kantonen wurden seit Jahresbeginn noch keine Drogenopfer registriert, mit 55 Toten starben über 80 Prozent der Opfer in den fünf Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Bern, Waadt und Zürich. Im vergangenen Jahr starben in der Schweiz 120 Personen an einer Überdosis Rauschgift.

### Chemiewaffen-Gespräche

Eine neue Runde der amerikanischen-sowjetischen Gespräche über die Nichtverbreitung chemischer Waffen wird am 4. und 5. September in Bern stattfinden. Dies teilte die US-Botschaft in der schweizerischen Bundeshauptstadt am Mittwoch mit. Einzelheiten über die genaue Tagesordnung der Gespräche wurden unter Hinweis auf die beiderseitige Abmachung, die Gespräche vertraulich zu behandeln, nicht bekanntgegeben.

## Arbeitslosigkeit auf einen Rest zusammenschmolzen

Mitte Jahr gab es in unserem Land nur 11 anspruchsberechtigte Arbeitslose – keine Kurzarbeit

Die Arbeitslosigkeit, die in vielen westlichen Industriestaaten zu einem grossen wirtschaftlichen und sozialen Problem geworden ist, hat sich in unserem Land auf einige wenige Fälle reduziert. Nach Auskunft des Volkswirtschaftsamtes waren zur Jahreshälfte nur noch 25 Ganzarbeitslose registriert, wovon 11 Personen die Anspruchsberechtigung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung besaßen. Auf der anderen Seite besteht in vielen Branchen unserer Wirtschaft ein starke Nachfrage vor allem nach qualifizierten Arbeitskräften, die weitgehend nur als Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich rekrutiert werden können.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen in unserem Land zurückgegangen. Wurden am 30. Juni 1985 noch 47 Ganzarbeitslose registriert, so reduzierte sich diese Zahl bis zum 30. Juni 1986 auf 25 Personen. Auch die Zahl der Stellensuchenden, die aber noch eine Beschäftigung aufzuweisen, haben, ging innert Jahresfrist zurück. Beim Arbeitsvermittlungsamte waren im letzten Jahr 114 Stellensuchende gemeldet, dieses Jahr waren es noch 99 Personen, die sich um eine neue oder andere Stelle bewarben. Von den 25 Ganzarbeitslosen hatten 11 die Anspruchsberechtigung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung. Im Vorjahr lag diese Zahl noch bei 16 Personen.

### Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen

Die gute wirtschaftliche Lage, die sich praktisch in allen Branchen unserer Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sowie auch im Gewerbe zeigt, übt einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtbeschäftigung aus. Im letzten Jahr wurden in unserem Land ungefähr 4 Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus der Arbeitsmarktstatistik ist ersichtlich, dass sowohl die Zahl der Stellensuchenden als auch die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen ist.

Daraus kann geschlossen werden, dass die Besetzung der Stellen wieder vermehrt auf dem freien Markt geschieht, die Arbeitsvermittlung aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation mit einem relativ ausgetrockneten Arbeitsmarkt weniger berücksichtigt wird.

### Fallende Arbeitslosenzahl

Die Kurve über die Arbeitslosenzahl war seit 1980 ziemlich konstant ansteigend, überschritt jedoch an der Jahreswende 1983/84 offenbar den Höhepunkt mit 60 Ganzarbeitslosen und sank jetzt auf 25 Personen ab. Die Zahl der Anspruchsberechtigten jedoch blieb in dieser Zeit bedeutend konstanter, da sie in diesen Jahren zwischen 10 und 20 An-

spruchsberechtigten pendelte. Die Arbeitslosigkeit hat sich damit praktisch auf einen «harten Kern» reduziert, der auch bei guter wirtschaftlicher Situation kaum wegzubringen ist. Wie der Sachbearbeiter für die Arbeitslosenversicherung beim Amt für Volkswirtschaft, Josef Eberle, auf Anfrage erklärte, sind diese Personengruppen aus verschiedenen Gründen nicht oder nur schwer vermittelbar, so dass immer ein kleiner Rest von Nichtbeschäftigten übrig bleibt.

### Geringe Auszahlungen für Arbeitslose

Die kleine Zahl von Ganzarbeitslosen schlug sich in den letzten Jahren auch in der Ausrichtung von Arbeitslosenunterstützungsbeiträgen nieder. Total wurden im letzten Jahr 604000 Franken an Arbeitslosenentschädigungen ausgerichtet, wovon knapp die Hälfte auf die Ganzarbeitslosen entfiel. Derzeit sind keine Kurzarbeiter beim Amt für Volkswirtschaft gemeldet, da die wirtschaftlich bedingte Teilzeitarbeitslosigkeit praktisch nicht mehr vorhanden ist, die witterungsbedingte Teilzeitarbeitslosigkeit sich auf die Wintermonate beschränkt.

Über Fragen der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung gibt auch ein Interview mit Josef Eberle im Innern der heutigen Ausgabe Auskunft.

## Strahlenschutz: Schweiz ergreift die Initiative

Bern (AP) Der Bundesrat setzt die nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl ergriffene Initiative zur internationalen Harmonisierung der Strahlenschutz-Normen in die Tat um. Gestützt auf durchwegs positive Reaktionen aus dem Ausland hat die Landesregierung am Mittwoch entschieden, im kommenden Frühjahr in der Schweiz ein Expertentreffen der Mitgliederländer der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einzuberufen. Dabei sollen die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Schutznormen und -konzepte diskutiert und Empfehlungen ausgearbeitet werden, wie Vizekanzler Achille Casanova vor der Presse erklärte.

Zwei Wochen, nachdem die UdSSR die Schweiz über das Reaktorunglück von Tschernobyl offiziell unterrichtet hatte, beschloss der Bundesrat am 14. Mai, sich international für eine Vereinheitlichung der Grenzwerte der radioaktiven Belastung von Mensch und Umwelt einzusetzen. Nach Meinung des Bundesrats hätten zahlreiche Probleme und die Verunsicherung der Bevölkerung nach Tschernobyl vermieden werden können, wenn international einheitliche Normen für die Gesundheit und die Nahrungsmittel vorgelegen hätten.

## SPD will Atomkraftwerke schrittweise abbauen

Nürnberg (AP) Die SPD will in den Ausstieg aus der Atomenergie einsteigen und innerhalb der nächsten zwei Jahre die ersten Atomkraftwerke abschalten. Mit nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung billigten die 429 stimmberechtigten Delegierten am Mittwoch die Vorschläge der Enquete-Kommission. Deren Vorsitzender Volker Hauff betonte vor der Abstimmung erneut, der Ausstieg sei binnen zehn Jahren zu erreichen, «wenn alle mitziehen».

Das Atomgesetz ist nach den Vorstellungen der SPD so zu ändern, dass alle derzeit betriebenen Atomkraftwerke schrittweise stillgelegt werden, Baugenehmigungen für neue sollen nicht mehr erteilt werden. Der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf wurde ebenso abgelehnt wie die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar.

Der Export von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik soll «unterbunden», der Import von Atomstrom verhindert werden. Bestehende Kraftwerke sollen ausserdem umgehend auf ihre Sicherheit überprüft werden und nachweisen können, dass ihre Entsorgung gesichert ist. Als Alternative setzt die SPD auf Energiesparen, regenerative Energiequellen und saubere Kohlekraftwerke.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen die Sozialdemokraten einen «breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen» und das Gespräch mit den Betroffenen auch in der Atomindustrie suchen.

## Unbürokratische Abwicklung der Schadenfälle

Nach Hagelschlag im Unterland zeigen sich die Versicherungen als sehr kulant

(ho) – Nach dem Hagelschlag anfangs letzter Woche, der über das Liechtensteiner Unterland niederging und Schäden an Gebäuden und Autos in Millionenhöhe verursachte, haben die Versicherungsgesellschaften momentan Hochbetrieb. Besonders betroffen vom Unwetter waren die Autos, die teilweise bis in Mitleidenenschaft gezogen wurden. Verbeulte Karosserien und zertrümmerte Front- und Heckscheiben, waren die Folge der faustgrossen Hagelkörner, die etwa zehn Minuten lang niederprasselten und viel zerstörten.

Die Versicherungsgesellschaften zeigen sich nun in der Schadenregulierung mit den betroffenen Kunden als äusserst kulant. So haben beispielsweise die Mobil-Versicherung und auch die Basler-Versicherung je eine Sammelstelle in Mauren eingerichtet, wo gestern Mittwoch an Ort und Stelle die Schäden von Experten geschätzt worden sind. Die Mobil-Versicherung (Organisation durch FL-Schadeninspektor Karl Kaiser, Schellenberg) hatte ihre Zentralstelle bei den Postauto-Einstellhallen von Kurt Matt in Mauren. Nach einem ausgearbeiteten Plan wurden von fünf Autoexperten alle 20 Minuten vier Autos geschätzt. Die Kunden sind

vorher schriftlich zur Schätzung aufgefordert worden.

### Barauszahlung, sofern gewünscht!

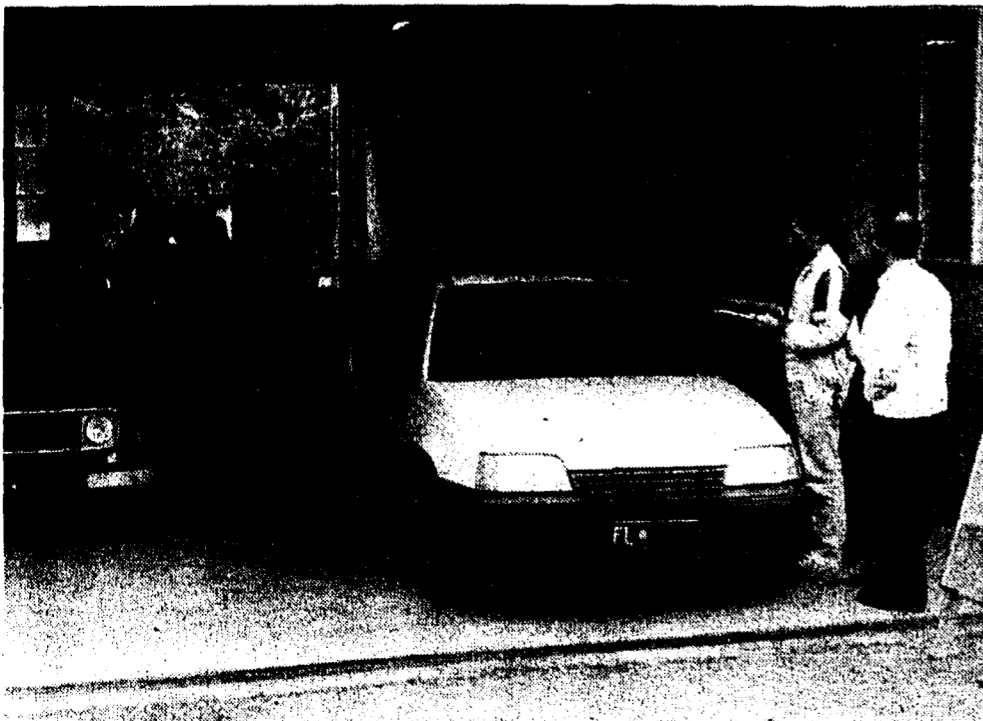
Nach der erfolgten Schätzung des Schadens konnte der Versicherungsnehmer wählen zwischen Barauszahlung an Ort und Stelle, oder Übernahme der Rechnung durch den Spengler. Wird die Rechnung des Spenglers bei einer Reparatur höher ausfallen als ursprünglich geschätzt, erfolgt laut Auskunft von Karl Kaiser eine Nachzahlung der Differenz. Allein gestern hat die Mobil-Versicherung rund 400000 Franken bar an die Versicherungsnehmer ausbezahlt. Der durchschnittliche Schadenfall wird auf rund 2500 bis 3000 Franken beziffert. Dasselbe dürfte auch auf alle anderen Versicherungsgesellschaften zutreffen.

Karl Kaiser bezeichnete die Schadenregulierung auf diese unbürokratische und schnelle Weise als einen Dienst am Kunden. Und Gespräche mit anwesenden Versicherungsnehmern – das gilt auch für den Besuch bei der Basler Versicherung – haben gezeigt, dass die Kunden mit dieser Lösung zufrieden waren. In der nächsten Woche wird die Mobilversicherung noch einmal einen solchen «Schadenregulierungstag» in Schaanwald durchführen.

Die Basler per Check ...

Die Basler Versicherungsgesellschaft hatte ihre Sammelstelle in der Halle des Baugeschäftes Ernst Bühler AG, in der Industriezone. Mauren, eingerichtet. Hier waren drei Autoexperten anwesend, um die Schäden zu ermitteln und zu schätzen. Die Angelegenheit lief in etwa gleich ab wie bei der Mobilversicherung, mit dem Unterschied, dass der Kunde statt Bargeld einen Scheck, sofern gewünscht, in die Hand gedrückt bekam. Auch hier wurden gestern etwa 100 Autos vorgeführt, geschätzt und die Schäden bezahlt. Weil nicht alle Kunden an einem Tag abgefertigt werden konnten, wird auch die Basler Versicherung im Sinne einer schnellen Abwicklung, am Freitag, den 5. September noch einmal einen Tag lang am gleichen Ort die restliche Kundschaft bedienen.

Eine rasche und kulante Abfertigung der Schadenfälle ist auch von den anderen Versicherungsgesellschaften bekannt geworden. Wir haben diese beiden Gesellschaften persönlich aufgesucht, weil sie uns das Ereignis telefonisch mitgeteilt und zur Besichtigung des Ablaufs eingeladen haben.



Blick in die Einstellhalle von Postautohalter Kurt Matt, Mauren, während der Vorführung der Autos zur Abklärung und Schätzung des Hagelschlag-Schadens. Auf Wunsch wurde die geschätzte Summe bar ausbezahlt.



Hier wird ein Schadenfall diskutiert. Dritter von links Schadeninspektor Karl Kaiser, Schellenberg, zusammen mit zwei Autoexperten und dem Versicherungsnehmer. (Bilder: Arthur Frick)

## Aquino in Manila

Manila (AP) Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino ist am Mittwoch von der ersten Auslandsreise seit ihrem Amtsantritt im Februar dieses Jahres nach Manila zurückgekehrt. Frau Aquino hatte Indonesien und Singapur besucht und vor ihrer Abreise aus dem Stadtstaat eine positive Bilanz der Reise gezogen.

Auf entsprechende Fragen von Journalisten sagte die Präsidentin bei ihrer Rückkehr dem in Libyen im Exil lebenden moslemischen Rebellenführer Nur Misuari freies Geleit für den Fall zu, dass er in die Heimat zurückkehren wolle. Auf die Frage, ob sie auch bereit sei, dann mit Misuari zusammenzutreffen, entgegnete Frau Aquino, für den Frieden sei sie bereit, alles zu tun. Ihr Schwager Agapito Aquino, der in dieser Woche nach einer Begegnung mit Misuari in Saudi-Arabien zurückkehrte, hat mitgeteilt, dass der Rebellenführer in etwa zwei Wochen auf die Philippinen zurückkommen wolle.